

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

43. Sitzung
22. August 2019

Beginn: 13.00 Uhr
Schluss: 15.43 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Stefan Franz Kerker (AfD) legt dar, dass es an der Johanna-Eck-Schule in Tempelhof nach Medienberichten zu vermehrten Abgängen von Lehrkräften und dem der Schulsozialarbeiter gekommen sei. Eltern beklagten die unzureichenden Deutschkenntnisse der Lehrer, die die Lücken füllen sollten, und hätten sich diesbezüglich bei der Schulleitung beschwert. Die Schule verfüge nur noch über einen Sonderpädagogen, sodass Inklusion nicht umgesetzt werden könne. Unterricht und Schulqualität seien fragwürdig. – In welcher Größenordnung seien zum neuen Schuljahr an der Johanna-Eck-Schule die Zahlen der Sonderpädagogen, der Schulsozialarbeiter und der Lehrkräfte zurückgegangen? Über welches Sprachniveau verfügten die Lehrer nichtdeutscher Muttersprache?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bestätigt, dass es an der Johanna-Eck-Schule einige Problemlagen gebe. Der Schule sei ein Unterstützungssystem angeboten worden, um sie zu stabilisieren. Es seien Lehrkräfte versetzt worden. Der Träger der Sozialarbeit ziehe sich zurück. Dies habe sie zum Anlass genommen, eine Veränderung in der Schulleitung vorzunehmen. Es müsse endlich Ruhe in die Schule einkehren. Es seien inhaltliche Probleme vorhanden. Die Schule sei gut ausgestattet. Das Kollegium sei fast neu zusammengesetzt. Die Schule habe gute konzeptionelle pädagogische Ansätze, die weiterzuentwickeln seien. Dies sei aber nur möglich in einem Klima der Zusammenarbeit. Die Konflikte müssten aus dem Weg geräumt werden. Es habe schon Gespräche über einen Schulleitungswechsel gegeben. – Die Schule sei insgesamt gut ausgestattet. Für Sonderpädagogik habe man eine Fachkraft, die zweite sei an das SIBUZ abgeordnet worden. Die Inklusion müsse sich gesamtkonzeptionell

widerspiegeln. Beschwerden darüber, dass Lehrkräfte nicht gut Deutsch könnten, seien bei ihr noch nicht angekommen. Man habe klare Vorgaben, das Sprachniveau C2 werde gefordert. – Die Sozialarbeit laufe über einen freien Träger. Es habe vier pädagogische Fachkräfte gegeben: drei Sozialpädagog/inn/en und eine/n Erzieher/in.

Dirk Stettner (CDU) legt dar, dass SenFin zur der Frage nach den Kosten der Verbeamtung mitgeteilt habe, dass kurzfristig 270 Mio. Euro eingespart würden. Zu späteren Kosten könne nichts gesagt werden. Laut Staatssekretär Krach sei über die Verbeamtung noch einmal nachzudenken. Werde die Senatorin auf die langjährige Forderung der CDU-Fraktion eingehen, die Lehrer zu verbeamten?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bekräftigt, dass sie sich für die Verbeamtung ausgesprochen habe. Berlin sei das einzige Bundesland, das nicht verbeamte. Es habe eine Debatte in der SPD dazu gegeben. Diese sei noch nicht zu Ende. Laut Koalitionsvertrag werde nicht verbeamtet. Aber in den letzten Jahren habe sich etwas verändert. Auch andere Bundesländer arbeiteten mit Quereinsteigenden. Man verliere Kräfte.

Dirk Stettner (CDU) freut sich über die persönliche Meinung der Senatorin. Werde die SPD ihren Diskussionsprozess abschließen und zu einer klaren Meinung kommen?

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob der Senat bestätigen könne, dass Berlin in diesem Jahr mehr ausgebildete Lehrkräfte eingestellt habe als Sachsen. – Es gehe hier um die Position der Koalition und nicht um die der SPD.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erwidert, die Einstellungszahlen von Sachsen kenne sie nicht. Sie verstehe den Zusammenhang nicht.

Regina Kittler (LINKE) zeigt sich bereit, die Zahlen zu liefern. Sie habe nach der Bewertung gefragt. Berlin habe mehr ausgebildete Lehrkräfte eingestellt als das Bundesland Sachsen, das wieder verbeamte. Wie bewerte die Senatorin dies?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) teilt mit, dass hier 1 050 voll ausgebildete Lehrkräfte und ca. 700 Quereinsteigende eingestellt worden seien. Sie würde sich aber noch mehr Laufbahnbewerber wünschen.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erklärt, die OSZs würden 40. Am Wochenende habe eine große Aktion auf dem Alexanderplatz stattgefunden. Die Schulen hätten sich kreativ präsentiert. Am 18. September finde ein großer Festakt im Roten Rathaus statt.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**StEPS: Aktuelle räumliche und personelle Situation
und Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0207](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0629
**Digitalisierungsoffensive für Berliner Schulen:
Schulen nicht weiter ins Hintertreffen geraten
lassen!**
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Digitale Bildung an Berliner Schulen: Aktuelle
Situation, Probleme, Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stand Digitalisierung an Berufsschulen und
Umsetzung des KMK-Beschlusses „Berufliche
Schulen 4.0“ in Berlin**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)
- d) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1127
**Fortschreibung des „eEducation Berlin
Masterplans“: eine Gesamtstrategie zur
Digitalisierung an Berliner Schulen und
Hochschulen**
- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Digitalisierung der Berliner Schulen: Aktueller
Stand und Entwicklungsnotwendigkeit**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0103](#)
BildJugFam(f)
Haupt
KTDat

[0113](#)
BildJugFam

[0117](#)
BildJugFam

[0176](#)
BildJugFam(f)
KTDat

[0190](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.11.2018

- f) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2084

[0259](#)
BildJugFam

Alle Berliner Schulen an den zentralen IT-Dienstleister anschließen!

– Vorabüberweisung –

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) begründet den Änderungsantrag zu a). Es gehe um die Ergänzung der beruflichen Schulen. Auch an diesen bestehe dringender Handlungsbedarf.

Dirk Stettner (CDU) begründet den Antrag zu f). Unmittelbar und sofort sei die digitale Infrastruktur aller Schulen so zu unterstützen, dass man darauf Lehr- und Lernmittel aufbauen könne. Dafür benötige man einen Dienstleister, der dies professionell sofort umsetzen könne.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) stellt fest, dass sich seit der Anhörung viel getan habe. Man habe die Umsetzung vorbereitet und arbeite eng mit dem ITDZ zusammen, mit dem man Rahmenverträge entwickelt habe. Insgesamt stünden jährlich ca. 82 Mio. Euro zur Verfügung. Wesentlich sei für sie gewesen, die Schulen schnell in den nächsten Jahren ans Breitband bzw. Glasfaserkabel anzuschließen. An den beruflichen Schulen werde kräftig gearbeitet. Die allgemeinbildenden Schulen sollten in den nächsten vier Jahren an Breitband angeschlossen werden. Man arbeite mit Landesmitteln. Ein Warten auf Bundesmittel hätte zu lange gedauert. Die zur Verfügung stehenden 38 Mio. Euro wolle man in diesem Jahr verarbeiten. – IT-Fachkräfte seien schon in der letzten Legislaturperiode ein Thema gewesen. Man habe Dienstleister beauftragt, die Kräfte in die Schulen schickten. Die Fachkräfte könnten sich so um konzeptionelle Dinge kümmern. Die Schulen hätten Medienkonzepte zu entwickeln und einzureichen. Über den Digitalpakt würden u. a. Serverlösungen finanziert. Es gebe einen Pauschalbetrag von 100 000 Euro pro Schule und 330 Euro pro Schüler.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) stellt fest, dass der Antrag der FDP mittlerweile überholt sei. Das darin Geforderte sei auf dem Weg. Dass es so lange gedauert habe, liege daran, dass der Digitalpakt auf sich habe warten lassen. Man habe nicht gewusst, wofür man Geld bekommen würde. – Der AfD sei wohl entgangen, dass es seit Langem einen Runden Tisch Medienbildung gebe. Das Geforderte geschehe schon. In den Haushaltsberatungen werde man sehen, was mit dem Geld geschehe. – Der schnell eingebrachte Antrag der CDU wundere sie. Was sei damit gemeint? Solle es einen landeseigenen Pädagogik-Server im ITDZ geben? – Die Schulen benötigten Eigenständigkeit in Bezug auf die pädagogischen Konzepte. Es gehe auch um digitale Bildungsangebote in Ergänzung zum Buch.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) führt aus, dass infolge des Wirkens der FDP schließlich der Weg für eine Grundgesetzänderung frei gewesen sei. – Der Antrag zu c) sei immer noch aktuell. Er beinhalte noch nicht umgesetzte Forderungen. Wie weit sei man mit dem Anschluss der OSZs?

Dirk Stettner (CDU) teilt mit, dass das Land Berlin über 1 000 km Breitbandnetz verfüge, laut E-Government-Gesetz von 2016 sei das ITDZ der zentrale Dienstleister für alle Verwaltungsteile. Es gehe um den Anschluss ans Berliner Landesnetz und an den zentralen Dienstleister ITDZ. Derzeit sei noch keine Schule angeschlossen.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) interessiert die Personalgewinnung in Bezug auf IT-Administratoren. Finde man die Leute bei der angebotenen Eingruppierung? Wie werde die Aufteilung der Aufgaben zwischen Land, Bezirken und den einzelnen Schulen gesehen? Was müsse das Land den Schulen zur Verfügung stellen, um diesen Arbeit zu sparen?

Tommy Tabor (AfD) sagt, seine Fraktion bleibe bei ihrem Antrag, weil sie keinen neuen Runden Tisch und auch keinen Rat wolle. Sie wolle eine Gesamtstrategie.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) fragt ihren Vorredner, wie man das Format denn nennen solle. – Den Vorwurf der Unkenntnis müsse sie an Abg. Stettner zurückgeben. Das Landesnetz sei für Verwaltung zuständig. Wegen der hohen Datenschutzerfordernungen sei es nicht sinnvoll, dass im gleichen Netz alle Schüler surfen. Dies sei zu trennen. Thema der Bildungsverwaltung seien die didaktischen Punkte. Die Schulen müssten über ortsübliche Anbieter ans Netz angebunden werden.

Regina Kittler (LINKE) sagt, die CDU-Fraktion fordere, dass das ITDZ digitale Konzepte für den Unterricht entwickeln solle. Solle das ITDZ also Unterrichtsbausteine entwickeln? – Sie finde dies abenteuerlich.

Dirk Stettner (CDU) erwidert, für den Datenschutz seien die Leitungen irrelevant. Man könne überall partitionieren. Der Anschluss der Schulen über verschiedene heterogene Systeme sei problematisch. Bisher habe man keine sichere Kommunikation zwischen Schülern, Eltern und Lehrern. Die Schulen bräuchten zunächst den Weg, über den sie dann arbeiten könnten. Bei den digitalen Konzepten gehe es um eine Schul-Cloud und deren Erreichbarkeit. Dies könnte das ITDZ umsetzen. – Der Anschluss der Berliner Schulen habe nichts mit dem Digitalpakt zu tun. Es sei Aufgabe des Landes, für die eigene Anbindung zu sorgen.

Anja Tempelhoff (SenBildJugFam) erklärt zur Beratungs- und Unterstützungsstruktur, dass bereits Personal eingestellt worden sei. Zwei Kollegen arbeiteten seit Mai bzw. Juli, zusätzlich zwei Abgeordnete Lehrkräfte jeweils einen Tag pro Woche. Für weitere Stellen lägen Initiativbewerbungen vor. Die Schulen könnten einfach ein Medienkonzept einreichen. Die Bund-Länder-Vereinbarung sehe ein aufwändiges Antragsverfahren vor. Man habe in dem Lernmanagementsystem, das das Land zur Verfügung stelle, eine digitale Möglichkeit geschaffen, um die Schulen professionell zu unterstützen. Sie könnten die Medienkonzepte hochladen. Man müsse unterscheiden zwischen der pädagogischen und der technischen IT-Betreuung, die man seit 2016 ausbaue und an zwei Unternehmen vergeben habe. 140 Techniker/innen seien im Einsatz, die 526 Schulen technisch betreuten. – Der edukative Bereich sei nicht von den ITDZ-Rahmenverträgen abhängig, dort könne es eigene Rahmenverträge geben. Die Schulen arbeiteten im edukativen Bereich selbständig. Dort sei es nicht sinnvoll, sich ausschließlich über ITDZ-Rahmenverträge zu bedienen, weil es individuelle Anforderungen gebe. In über 80 Prozent der Schulen habe man eine standardisierte IT. Es werde auch ein Messengerdienst angeboten, um eine verlässliche Alternative zu nicht datenschutzkonformen Angeboten zu haben. Aufbauend auf dem Server gebe es WLAN an den Schulen und Rahmenverträge für interaktive Präsentationstechniken. Standardisiert werde die IT-Wartung kostengünstiger. Für die IT-Ausstattung und den Support seien die Bezirke zuständig. Ein enger Austausch sei notwendig, um den Digitalpakt umzusetzen. Über den Digitalpakt könnten nur Dinge in der Schule finanziert werden, der Breitbandausbau gehöre nicht dazu. In der 2016 verabschiedeten KMK-Strategie gebe es zu vermittelnde Kompetenzen. Mit der Medienbil-

derung erfülle man die KMK-Strategie. Der eEducation Berlin Masterplan richte sich nach diesen Vorgaben.

Mirko Salchow (SenBildJugFam) erklärt, der Zeitplan für die beruflichen Schulen habe sich nicht geändert: Am Jahresende seien sie an das Breitband angeschlossen. Parallel zu den Arbeiten erfolge eine umfassende Bestandsaufnahme der IT-Infrastruktur inklusive Telefonie. Man verfüge derzeit nicht über eine komplette Datenlage der einzelnen Standorte. Man verbinde den Anschluss an das Breitband mit der Datenerhebung, um dann alle weiteren Ausbaumaßnahmen zügig umzusetzen. Die flächendeckende WLAN-Ausleuchtung der Standorte sei bis Ende 2021 geplant. Dazu gebe es allerdings noch keinen Vertrag. Der Ausbauzustand sei sehr unterschiedlich. Die Bedarfe seien standortscharf zu ermitteln. – Es werde weiter Personalzuwächse geben. Einstellungsverfahren könnten unmittelbar erfolgen. – Bei der dualen Ausbildung bewege Berlin sich nicht als Solitär; die über 300 Ausbildungsberufe seien bundesweit durch Rahmenlehrpläne geregelt. Das Land Berlin beteilige sich an allen anstehenden Neuordnungsverfahren. Man müsse schauen, wie man in jedem neu zu erstellenden Rahmenlehrplan Digitalisierung abbilde.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) fragt im Hinblick auf 3D-Druck, ob ggf. Gerätepools angelegt werden könnten, damit die Schulen sich Geräte ausleihen könnten.

Mirko Salchow (SenBildJugFam) meint, wenn es um teure Investitionen gehe, sollte über solche Modelle nachgedacht werden. Was man an Technik in den Schulen vorhalte, sei nach Möglichkeit zu begrenzen. Man wolle möglichst viele duale Ausbildungsplätze besetzen, daher sei es nicht notwendig, alle technischen Geräte in den Schulen vorzuhalten.

Der **Ausschuss** lehnt die Anträge zu a), d) und f) ab und schließt die Besprechung von b), c) und e) ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Einführung der Lernmittelbefreiung, Konsequenzen und Handlungsoptionen für Berliner Schulen, insbesondere Grundschulen
(auf Antrag der Fraktion der FDP) | 0145
BildJugFam |
| b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1156
Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit – aber nur transparent und ehrlich! | 0167
BildJugFam |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.09.2018

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) führt aus, dass die Eltern jetzt nicht mehr für Schulbücher und Lernmaterialien zahlen müssten. Es sei gelungen, in den Haushaltsberatungen über 10 Mio. Euro zu verhandeln. Die Schulen erhielten pro Schüler 60 Euro. Der Senat

gebe 20 Euro dazu, wenn der Bezirk auch 20 Euro dazugebe. Es würden Zielvereinbarungen geschlossen, damit man wisse, was mit dem Geld geschehe.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) fragt, ob den Bezirken die Zuständigkeit für die Schulen entzogen werden solle. Die Transparenz in den Bezirken lasse einiges zu wünschen übrig. Sie wäre auch dafür, diese Transparenz in den Bezirken herzustellen.

Dirk Stettner (CDU) sagt, er freue sich, dass die SPD-Fraktion auch für Transparenz sei. Sie werde dann diesmal sicher zustimmen.

Paul Fresdorf (FDP) bemerkt, dass der Punkt seinerzeit wegen des holprigen Starts angemeldet worden sei. Nun scheine es besser zu werden. In den ersten Wochen des Schuljahrs gebe es noch Schwierigkeiten. 60 Euro genügten keinesfalls. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Mittel auch in den Schulen ankämen.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) bestätigt, dass die Kosten früher bei 100 Euro gelegen hätten. Manche Schulen hätten Bücherpools gebildet, an diesen sei man mit weniger Geld ausgekommen. Jetzt komme deutlich mehr beim Kind an als vorher.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) plädiert für Transparenz, weil in einzelnen Bezirken das Geld nicht bei den Kindern ankomme. Die Veranschlagungsleitlinie werde abgeändert, um abzusichern, dass das Geld ankomme.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab und schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.